

„Miserabel geführte Banken, jämmerliche Aufsicht“

Der Ökonomieprofessor Paul Welfens über BaFin-Chef Jochen Sanio, Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung und die Bewältigung der Krise

Bei der Bekämpfung von Steueroasen werde „viel politischer Wirbel“ betrieben, um von den eigentlichen Verantwortlichkeiten abzulenken, sagt der Ökonomieprofessor Paul Welfens. Mit ihm sprach Ulla Thiede.

Die negativsten Prognosen gehen von einem Einbruch der Wirtschaft in diesem Jahr um sieben Prozent aus. Können solche Berechnungen seriös sein?

Welfens: Die Unsicherheitsmargen sind sehr hoch. Trotzdem: Ich halte diese Prognose für zu pessimistisch.

Wie sieht Ihr Szenario aus?

Welfens: In Deutschland sehe ich die Wirtschaftsleistung um etwa fünf Prozent zurückgehen, vielleicht etwas mehr. Das hängt auch von den Erwartungen der Marktteilnehmer ab. Deshalb ist es so wichtig, dass diese Erwartungen durch vernünftige Politikmaßnahmen stabilisiert werden.

Tut die Regierung genug, um den Abwärtstrend zu stoppen?

Welfens: Definitiv nicht. Ihre zögerliche Haltung wirft die Frage auf, ob sie die Größe des Problems überhaupt kompetent wahrnimmt.

Was bedeutet Ihre Prognose für den Arbeitsmarkt, die Sozialkassen und die Steuereinnahmen?

Welfens: Zum Jahresende könnten wir fast eine Million Arbeitslose mehr haben. Das Staatsdefizit dürfte dann um 1,5 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts auf 4,5 Prozent steigen. In die Sozialkassen reißt das ein Loch von 25 Milliarden Euro in 2009 und 2010.

Wie stark müsste der Staat denn die Wirtschaft ankurbeln?

Welfens: Minus fünf Prozent bedeutet einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 125 Milliarden Euro. Die beiden Konjunkturpakete umfassen gerade einmal 80 Milliarden Euro in zwei Jahren. Wenn dieses Jahr etwa 40 Milliarden fließen, müssten es 2010 wenigstens 100 Milliarden Euro sein. Eigentlich müsste die Regierung noch vor der Bundestagswahl das Konjunkturpaket für das nächste Jahr beschließen.

Wofür soll das Geld ausgegeben werden?

Welfens: Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass wir in den nächsten fünf Jahren keine Rekord-Exportüberschüsse haben werden. Die Ausfuhren werden mittelfristig gerade mal um ein bis zwei Prozent steigen. Also müssen wir in nicht handelsfähige Güter und Dienstleistungen investieren, das heißt Gesundheit, Bildung, Forschung und Infrastruktur. Die Politik ist völlig auf dem Holzweg, wenn sie im Gesundheitswesen ein Kostendämpfungsprogramm nach dem anderen auflegt – und das noch in einer alternden Gesellschaft.

Ist die Abwrackprämie falsch?

Welfens: Nein, sie hilft uns durch dieses elende Jahr 2009. Das Problem ist nur, dass sie immer unergiebiger wird, je länger sie läuft.

Wenn Kurt Biedenkopf sagt, unsere Gesellschaft müsse sich auch an eine schrumpfende Wirtschaft anpassen können – was meint er damit?

Welfens: Gutwillig interpretiert kann man ihn so verstehen, dass eine Marktwirtschaft auch in schlechten Zeiten zurechtkommen muss. Wenn er aber meint, wir sollten uns als Gesellschaft längerfristig auf minimales oder gar Nullwachstum einstellen, muss man sagen: Das ist die Vorstellung eines pensionierten Millionärs. Für Normalbürger muss die Perspektive sein, dass es weiter Wachstum gibt. Nur das ist ökonomisch vernünftig.

Der Bundespräsident hat in seiner Berliner Rede gesagt, wir könnten uns nicht mehr hauptsächlich auf wirtschaftliches



Die Forschung zu fördern verlangt der Wirtschaftsprofessor Welfens. Das Bild zeigt, wie die beiden Leipziger Biochemikerinnen Stefanie Nagel (links) und Dana Krinke an einem Laserscanning-Mikroskop Nerven-Gewebe untersuchen. FOTO: DPA

Wachstum als Problemlöser verlassen!

Welfens: Nicht das Wirtschaftswachstum allein löst die Probleme, ja. Aber wer so redet, will oft auch nur von den Fehlern ablenken, die in den letzten Jahren gemacht wurden. Nicht zuviel Wirtschaftswachstum war das Problem, sondern viele miserabel geführte Großbanken und eine jämmerliche Bankenaufsicht. Den Vogel hat der Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen, Jochen Sanio, abgeschossen. In seinem Vorwort zum Jahresbericht 2008 ist zu lesen, er habe gar nicht gewusst, was da auf den US-Finanzmärkten abließ. Das ist absurd!

Ziehen denn Regierungen und Aufsichtsbehörden die richtigen Schlüsse aus der Krise?

Welfens: Erst einmal müssen personelle Konsequenzen gezogen werden. Denn sonst entsteht bei uns der Eindruck, dass man von dem größten Finanzmarkt der

Welt – den USA – keine Ahnung zu haben braucht und trotzdem 14 000 Euro monatlich Gehalt bezieht. Sanio muss abtreten. Die BaFin war und ist völlig überfordert. Sie braucht wie die Bundesnetzagentur, die übrigens eine hervorragend geführte Behörde ist, einen wissenschaftlichen Beirat. Außerdem muss der Anteil der Ökonomen unter den Mitarbeitern deutlich erhöht werden, die wie andere Mitarbeiter auch für ihre Kompetenz auch entsprechend bezahlt werden müssen.

Wie erklären Sie sich diese Blindheit der Verantwortlichen?

Welfens: Es wurden die falschen Anreize gesetzt. Sehr viele Banker haben zu kurzfristig orientiert ihre Gewinne maximiert. Langfristiges Denken kann aber nicht allein durch neue Regeln für Managerboni entstehen. Wir müssen die Besteuerung grundlegend reformieren. Banken sollten nach der Schwankungsbreite ihrer Eigenkapitalrendite und nach ihrem

Gewinn besteuert werden. Je geringer die Renditevolatilität, desto geringer die Steuern. Dann wird es solche Ausschläge wie in den letzten Jahren – zwei Jahre 25 Prozent Rendite und dann die Bank dem Staat überlassen – nicht mehr geben.

Legt man mit der Bekämpfung von Steueroasen einen richtigen Schwerpunkt?

Welfens: Da wird viel politischer Wirbel betrieben, um von eigenen Verantwortlichkeiten abzulenken.

Wird es auf dem G20-Gipfel in London nächste Woche ausreichende Schritte zur Verhinderung künftiger Krisen geben?

Welfens: Ich glaube, wir werden nicht einmal die Hälfte der Hausaufgaben machen. Bei den Hedgefonds, die überall zu den irren Renditeerwartungen verleitet haben, wird man allenfalls Pseudoregulierungen vornehmen. Die Banker leben doch wie die Maschinenbauer von 1870 vor der Er-

findung des TÜVs. Wir brauchen Finanzinnovationen, die transparent sind und laufend überwacht werden. Es kann nicht sein, dass allein Notenbankern sich damit befassen. Wir brauchen bei der Kontrolle auch internationale parlamentarische Beteiligung. Dann kann Finanzglobalisierung ein gesünderer Prozess sein.

Zur Person

Professor Paul Welfens leitet das Europäische Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Wuppertal. Der 52-Jährige hat dort seit 2004 einen Lehrstuhl für Makroökonomik. In seiner Habilitation befasste er sich mit der „Internationalisierung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik“. Er hat unter anderem an den Unis Münster und Potsdam gelehrt. Ein Schwerpunkt seiner Forschungen liegt auf Osteuropa. Sein Studium absolvierte Welfens in Deutschland, Frankreich und den USA. ut



„Wir brauchen auch weiterhin Wirtschaftswachstum“, sagt Paul Welfens. FOTO: UNI WUPPERTAL

Bei Anruf kein Vertrag mehr

Der Bundestag dämmt die illegale Telefonwerbung ein. Justizministerium: Notieren Sie, wer wann und warum angerufen hat

Von Samuel Heller

FRANKFURT/MAIN. Das gestern vom Bundestag verabschiedete Gesetz gegen unerlaubte Telefonwerbung soll Verbraucher besser vor untergeschobenen Verträgen wie Abonnements schützen. Doch was ändert sich für die Betroffenen konkret? Nachstehend Antworten auf einige Fragen.

■ *Wie kann ich mich wehren, wenn ich nach einem Anruf plötzlich ein Zeitschriftenabo habe?*

Am Telefon abgeschlossene Verträge über Zeitschriftenabos und Lotto- oder Wettendienstleistungen wie die Mitgliedschaft in einer Tippgemeinschaft können künftig grundsätzlich widerrufen werden. Für alle anderen telefonisch abgeschlossenen Verträge galt dies vorher schon. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Anruf erlaubt war oder nicht.

■ *Was gilt bei telefonisch untergeschobenen Telefonverträgen oder sogenannten Kostenfallen im Internet?*

Künftig können Verbraucher

am Telefon oder im Internet abgeschlossene Verträge auch widerrufen, wenn mit der Leistung schon begonnen wurde, wie Helke Heidemann-Peuser vom Bundesverband der Verbraucherzentralen erklärt. Die bis dahin in Anspruch genommene Leistung müsse aber gezahlt werden. Das Widerrufsrecht gelte nicht, wenn die Leistung sofort und voll erbracht werde, beispielsweise beim einmaligen Herunterladen eines Klingeltons. Wechselt der Kunde beispielsweise den Telefonanbieter, muss er außerdem künftig in Textform, also mindestens per Mail oder Fax, bestätigen, dass der neue Anbieter beim alten kündigen darf.

■ *Wie lange kann ich widerrufen?*

Dies hängt davon ab, ob und wann man über das Widerrufsrecht informiert wurde und ob der Anruf erlaubt war. Der Anbieter muss in Textform über das Widerrufsrecht informieren. Die Widerrufsfrist betrage bei Belehrung nach Vertragsschluss einen Monat, bei Belehrung davor 14 Tage, sagt Heidemann-Peuser. Bei unerlaubten Anrufen hat der Verbrau-



Oft ärgerlich: Werbeanrufe. Die Firmen dürfen ihre Rufnummern nun nicht mehr unterdrücken. FOTO: AP

cher einen Monat Zeit.

■ *Was passiert, wenn ich nichts unternehme?*

„Man muss auf jeden Fall aktiv werden, wenn man aus untergeschobenen Verträgen raus will“, rät Heidemann-Peuser. Die Ver-

braucherschützer kritisieren, dass am Telefon zustande gekommene Verträge nicht schriftlich bestätigt werden müssen. „Es besteht die

Gefahr, dass es weiter zu Anrufen kommt, weil viele Anbieter darauf setzen, dass die Verbraucher nicht widerrufen“, warnt die Expertin. Das Argument, dass dann jede Pizza schriftlich bestellt werden müsste, lässt sie nicht gelten: Es gehe schließlich nur um untergeschobene Verträge, und nicht um Fälle, in denen der Verbraucher selbst aktiv anrufe.

■ *Wie kann ich gegen unerlaubte Anrufe grundsätzlich vorgehen?*

Anrufen muss ausdrücklich vorher zugestimmt worden sein, die Anrufer können sich nicht mehr auf Einwilligungen in anderen Zusammenhängen berufen. Verstöße kann die Bundesnetzagentur nun mit einer Geldbuße bis zu 50 000 Euro ahnden. Um feststellen zu können, wer angerufen hat, dürfen Call-Center nicht mehr die Rufnummer unterdrücken. Bei Verstößen droht Bußgeld bis 10 000 Euro. Das Justizministerium empfiehlt grundsätzlich, zu notieren, wer für welches Unternehmen zu welchem Zeitpunkt warum anrief und dies der örtlichen Verbraucher- oder Wettbewerbszentrale mitzuteilen. ap